

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktor:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Telegraphen-Nr.: Kurt Döberhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telegraphen-Nr.: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruckung überlässt 4 Zeilen
für den Druckverleger, wenn nicht anders anlässlich der Abdruckung im Text angegeben ist.

Berlin, den 17. Januar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ein Experiment.

SPD. Seit Tagen geht der Kampf um die Erhöhung des Butterzolls. Durch die Zollnotverordnung, die am Dienstag veröffentlicht wurde, ist eine vorläufige Entscheidung gefallen. Alle Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter ihre Goldparität gesunken ist, können auf Grund dieser Verordnung mit besonderen Ausgleichszuschlägen bei der Einfuhr belegt werden. Nach dem Vorbild von anderen Staaten werden somit Zuschläge gegen das Valutadumping geschaffen. Diese Antidumpingzölle spielten bereits 1923 eine Rolle. Für die Buttereinfuhr haben sie besondere Bedeutung, weil das wichtigste Einfuhrland, Dänemark, $\frac{1}{3}$ der gesamten Buttereinfuhr liefert. Die dänische Währung hat sich wertmässig um 20 % verringert, sodass sich also der Ausgleichszuschlag in erster Linie gegen Dänemark richtet.

Wenn auch gegen gewisse Zollaufschläge gegenüber der Wareneinfuhr aus den Ländern, die sich vom Goldstandard gelöst haben, nichts einzuwenden ist, sofern sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen, so ist doch jetzt, wo der wirtschaftspolitische Kampf zwischen den einzelnen Ländern immer grössere Ausdehnung gewinnt, die Einführung neuer Kampfzölle besonders gefährlich und nicht geeignet, die internationale Wirtschaftsdepression zu überwinden. Ganz entschieden muss aber dagegen protestiert werden, wenn im Rahmen eines Valutaausgleichs der Butterzoll von 50 auf 150 Mark erhöht werden soll, wie es der Reichsernährungsminister Schiele plant. Das Reichskabintt dürfte sich diesen Plänen wohl nicht anschliessen, denn wie verlautbart, soll nur eine "mässige" Erhöhung des Butterzolls über den Valutaausgleich hinaus erhoben werden. Was aber unter einer "mässigen" Erhöhung verstanden werden soll, ist bisher noch nicht veröffentlicht. Aber selbst eine allgemeine mässige Erhöhung des Butterzolls ist sinnlos.

Der Butterzoll ist im Handelsvertrag mit Finnland mit 50 Reichsmark für ein Kontingent von 5 000 Tonnen gebunden. Bei einer Zollerhöhung kommen alle meistbegünstigten Länder ebenfalls in den Genuss dieses Kontingents. An der Buttereinfuhr nach Deutschland sind in der Hauptsache zehn Länder beteiligt. Sie können also nach wie vor insgesamt 50 000 Tonnen Butter einführen. Im Jahre 1931 sind aber insgesamt nur 100 000 Tonnen Butter eingeführt worden. Die Hälfte der vorjährigen Buttereinfuhr kommt in jedem Fall zum alten Zollsatz nach Deutschland herein. Durch die Zollerhöhung werden nur die Länder betroffen, die weit mehr als 5 000 Tonnen jährlich eingeführt haben. Das sind Dänemark mit 30 000 Tonnen, Holland mit 16 000 Tonnen und Lettland mit 12 000 Tonnen. Holland und Dänemark nehmen aber grosse Teile unseres Industriewarenexportes auf. Wird zwangsmässig ihre Ausfuhr nach Deutschland gedrosselt, so können sie selbstverständlich auch weniger Ware von uns kaufen. Schwächt man aber unseren Industrieexport, so steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Die Erhöhung des Butterzolls bedeutet also Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Wird der Landwirtschaft mit der Erhöhung des Butterzolls geholfen? Gewiss leidet die bäuerliche Veredelungswirtschaft schwer unter den jetzigen

niedrigen Butterpreisen, aber es ist ein Irrtum, annehmen zu wollen, dass durch die Erschwerung der Buttereinfuhr ihre Lage gebessert werden kann. Ja lang hat die Landwirtschaft nach einer Drosselung der Fleischeinfuhr geschrien. Jetzt wird der deutsche Fleischbedarf zu 96 % von der deutschen Landwirtschaft gedeckt. Trotzdem stehen die Fleischpreise noch weit unter den Butterpreisen. Die Erlöse der Landwirtschaft aus dem Butterverkauf werden nicht durch die Notierung für dänische Butter in Hamburg bestimmt, sondern durch die Kaufkraft der Arbeiter in Berlin, Sachsen und im Ruhrgebiet. Der beste Beweis dafür ist, dass in der Zeit, in der die Kaufkraft der Massen um 28 % gesunken ist, sich das Einkommen der Landwirtschaft um 27 % verringert hat. Jede Erhöhung des Butterpreises steigert die Abwanderung vom Butterkonsum zum Margarineverbrauch. Schon jetzt ist, obwohl die Butterpreise ständig gesunken sind, der Butterabsatz in den Städten um rund 15 % gefallen. Es ist daher eine gefährliche Illusion zu glauben, dass durch eine Beseitigung der ausländischen Einfuhr die Lage der deutschen Milchwirtschaft gebessert werden kann.

Eine Besserung der Lage der Landwirtschaft ist daher nur möglich durch eine Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher, nicht aber durch die Herbeiführung einer Autarkie, wie es die Wirtschaftsphantasten meinen.

SPD. Die Reichsregierung hat sich am Dienstag vom Reichspräsidenten die Ermächtigung geben lassen, ausserordentliche Zollmassnahmen durchzuführen. Nach dieser Ermächtigung kann die Reichsregierung im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Man muss sich über die Tragweite dieser Ermächtigung klar werden, vor allem auch darüber, dass diese Ermächtigung gegebenenfalls jeder Willkür Tür und Tor öffnet. Dass sich Deutschland gegen die Verschlechterung der Währung in wichtigen Industrie- und Handelsländern schützen muss, liegt auf der Hand. Ähnliche Schutzmassnahmen haben andere Länder bereits früher getroffen. Es kommt aber alles darauf an, wie diese Schutzmassnahmen angewandt werden. Mehr als je macht sich angesichts dieser weittragenden Ermächtigung das Fehlen der parlamentarischen Kontrolle bemerkbar.

Dass hier Kontrollen und Sicherheitsfaktoren eingeschaltet werden müssen, versteht sich von selbst. In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, dass mit Hilfe dieser Notverordnung den Anhängern der Autarkie, des Protektionismus und der Hochschutzzölle, die Möglichkeit gegeben ist, die deutsche Handelspolitik zu zerschlagen, den deutschen Warenexport zu dezimieren. Millionen von Arbeitern und Angestellten werden dieses Spiel mit wichtigsten Interessen der deutschen Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bezahlen müssen.

Wenn der Reichspräsident der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 weittragende Ermächtigungen gegeben hat, so ist es selbstverständlich, dass entsprechende Kontrollen in Kraft treten müssen, die dafür bürgen, dass diese Ermächtigung nicht missbraucht wird.

SPD. Stuttgart, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Staatspräsident Bolz führte in einer Zentrums-Versammlung aus, es werde nicht soweit kommen, dass die Nationalsozialisten über die Reichspräsidentenwahl den Kanzler Brüning stürzen könnten, um selbst an die Macht zu kommen. Das Zentrum verwischt die grundsätzlichen Unterschiede, die zwischen ihm und anderen Parteien beständen, nicht. Aber die Verhältnisse würden immer wieder so sein, dass das Zentrum gezwungen sein werde, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, wenn überhaupt eine Arbeit möglich sein soll. Es wäre unmöglich, die Millionen von Arbeitern, die in der Sozialdemokratie politisch vertreten wären, von der Mitarbeit am Staate auszuschliessen. Aber es wäre genau so verfehlt, vom Zentrum zu verlangen, grundsätzlich niemals eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzugehen. Immerhin würden die Nationalsozialisten lernen müssen, von ihrem anmassenden Hochmut auf einen vernünftigen biederen Sinn herunterzurücken.

Glaubt denn jemand - so fuhr Bolz fort - im Ernst, dass es den Nationalsozialisten gelingen wird, jemals die Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen? Da ist schliesslich auch noch das Zentrum da, als eine feste Burg. Die Nazis werden die Mehrheit nicht erreichen. Sie werden das Zentrum brauchen. Sie werden nicht zur Regierung kommen, ohne dass das Zentrum dabei ist. Wir in Württemberg werden uns Schreiben, wie sie in Hessen an das Zentrum gerichtet worden sind, nicht gefallen lassen. Wir können auch regieren ohne die Nationalsozialisten, aber sie nicht ohne uns. Unsere Aufgabe besteht darin, dass wir eine nationalsozialistische Regierung so lange verhindern, als die Nationalsozialisten nicht Vernunft annehmen. Mögen die anderen uns beschimpfen. Wir lassen uns dadurch nicht irremachen. Wir sind ehrlich bestrebt, mit den anderen zusammenzuarbeiten, aber wir wollen wissen, wohin die Reise geht.

SPD. Hanau, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Den üblichen Dreh nationalsozialistischer "rauer Kämpfer" zu irgendwelchen Zwecken Angriffe von Kommunisten zu erfinden, versuchte auch der Hanauer SA-Mann Staubitz. Er behauptete, von drei Kommunisten überfallen worden zu sein, während er in Wirklichkeit in der Trunkenheit vom Rade gefallen war.

Die sozialdemokratische Hanauer "Volksstimme" ist jetzt in der Lage, aus der Naturgeschichte dieses Hitlermannes mitzuteilen, dass Staubitz wiederholt wegen Betruges vorbestraft ist. Er hat wiederholt als "Rechtskonsulent" Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene insofern betrogen, als er von ihnen Aufträge zur Durchführung von Rentenansprüchen annahm, sich häufige Vorschüsse geben liess, dann aber in ihrer Sache nichts unternahm. Während einer längeren Freiheitsstrafe im Gerichtsgefängnis zu Hanau war er in der Gefängnisküche beschäftigt, was ihm insofern zum Vorteil gereichte, als er nach seiner Entlassung zum Küchenchef im Hanauer "Braunen Haus" avancierte. Das Vorleben des Staubitz ist übrigens der Nazileitung seit langem bekannt.

SPD. Braunschweig, 19. Jan. (Eig. Drahtb.)

Einen kläglichen Zurückzieher haben die im Konzil der Technischen Hochschule vereinten Professoren vor Herrn Klagges gemacht. Nachdem der Senat auf Grund gewissenhafter Untersuchungen lediglich zu einer Rüge gegen den bulgarischen Studenten Stojanoff, der einen Zusammenstoss mit einem Nazistudenten gehabt hatte, gekommen war, verfügte Klagges die polizeiliche Landesverweisung. Damit nicht genug, zwang er die Professorenschaft, das Urteil des Senats zu desavouieren und einen "einstimmigen Beschluss" auf Verweisung von der Hochschule anzunehmen. Die Herren braunschweigischen Professoren haben diesen Befehl ihres Herrn und Gebieters getreulich ausgeführt, worüber Klagges mit größter Genugtuung eine amtliche Mitteilung steigen liess.

SPD. Frankfurt/M., 19. Jan. (Eig. Drahtb.)

Erbauliche Zustände deckt ein Strafverfahren auf, das von der Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen zwei Direktoren einer berüchtigten Bausparkasse geführt wird.

Unter dem wohlklingenden Namen "Wirtschaftshilfe A.G." wurde im Jahre 1928 eine Bausparkasse mit einem Aktienkapital von nur 50.000 Mark gegründet, von denen jedoch bis zu dem kürzlich erfolgten Konkurs nur etwa die Hälfte einbezahlt worden war. Die Einzahlungen der etwa 1500 Mitglieder der "Wirtschaftshilfe" wurden in geringem Umfang als Baugelder, im wesentlichen für Propaganda-Gehälter und allgemeine Geschäftsführung verausgabt. Das Unternehmen war in keiner Weise kaufmännisch geleitet. So beliefen sich in einem einzigen Jahr die "allgemeinen Unkosten" auf weit mehr als 100.000 Mark, wobei in diesem Betrage Gehälter, Miete und Propaganda nicht einbegriffen waren. Die Verwendung insbesondere dieser Gelder wird durch das Strafverfahren zu klären sein.

SPD. Dresden, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Der sächsische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kunz, der eine zeitlang Vizepräsident des sächsischen Landtages war, war schon vor längerer Zeit wegen Beleidigung des österreichischen Sozialdemokraten Professor Max Adler, den er einen Mörder genannt hatte, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, aber er bezahlte nicht. Eine Pfändung verlief erfolglos, obgleich Herr Kunze als Landtagsabgeordneter monatlich mehrere 100 Mark Diäten bezieht. Darauf wandte sich das Gericht an den Landtag und ersuchte um Genehmigung zur Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe. Obgleich man Herrn Kunze nun noch einige Monate Zeit zum Bezahlen gab, bezahlte er nicht. In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde deshalb die Genehmigung zum Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe gegeben. Herr Kunze muss also brummen.

SPD. Gross-Gerau, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung in dem kleinen Städtchen Gross-Gerau erklärte der Vorsitzende der Nazi-Fraktion des hessischen Landtages Lenz, dass seine Fraktion bei der ersten sich bietenden Gelegenheit für die Auflösung des hessischen Landtages stimmen werde. Die Auflösung sei notwendig, weil eine Beteiligung der Nationalsozialisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Dienstag seine Beratungen wieder auf. Die Nationalsozialisten blieben wieder fern; die Deutschen nationalen waren erschienen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der sozialdemokratische Antrag betreffend Änderung des Bankgesetzes. Mit ihm verbunden wurde eine Aussprache über die Gestaltung des Einflusses der Reichsregierung auf das Bankenwesen überhaupt.

Der Reichsbankenkommissar, der sich zuerst äusserte, gab zu verstehen, dass er der Schaffung einer Zentralbank zur Abwicklung der von verschiedenen Banken gegebenen Kredite ablehnend gegenübersteht. Reichsfinanzminister Dietrich verbreitete sich über das ganze Bankenproblem, das durch die Wirtschaftskrise aufgerollt sei. Ueber den Umfang der Belastung der einzelnen Institute, wie der gewerblichen Genossenschaftsbanken, der Landschaften usw. lasse sich öffentlich nicht reden. Eine wichtige Frage sei die, wie die vom Reich gegebenen Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab seien die der Dresdener Bank zugeführten Schatzanweisungen mit 12 Millionen monatlich fällig. Es

seien Pläne in Vorbereitung, die etwas neuartiges darstellen. Näheres sagte der Minister darüber nicht. Dagegen teilte er mit, die Tendenz der Reichsregierung gehe dahin, den Einfluss der Reichsregierung auf die Banken wieder abzubauen. Es sei freilich fraglich, wann dieses Ziel erreicht werde.

Gegen diese Absicht erhob Abg. Hilferding (Soz) sofort starke Bedenken. Er erklärte, beim ersten Schritt sei die Regierung frei gewesen, beim zweiten Schritt sei sie Knecht. Die Regierung müsse jetzt, nachdem 60 Prozent des Kreditapparates öffentlich kontrolliert werden, auf die Kreditgewährung Einfluss erhalten. Die Entscheidung über das Schicksal der Danat-Bank und der Dresdner Bank müsse bald getroffen werden. - Der Staatspartei Dr. Stolper legte an dem Beispiel Italiens dar, dass bestimmte Methoden der Staatshilfe untauglich seien. Die Banca Commerciale sei zu einer schweren Belastung für den Faschismus geworden. Stolper wandte sich schliesslich grundsätzlich gegen Dauereingriffe des Staates.

Auf Vorschlag Hilferdings wurde schliesslich ein Unterausschuss eingesetzt zur Beratung der vertraulich zu behandelnden Fragen und zur Vorbereitung von Vorschlägen. Im übrigen wurde der sozialdemokratische Antrag auf Reform des Bankenwesens dem Rechtsausschuss überwiesen.

Weiter wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei beraten, der verhindern will, dass die Industrieumlage, die der Osthilfe zugute kommt, für 1932 in einem höheren Satz als 1931 erhoben wird. Bei der ungünstigen Wirtschaftslage und nach der Erhöhung der Untergrenze für die Umlagepflicht würde jedoch die Festhaltung des Vorjahres-Umlagesatzes eine Verminderung des Ertrags um die Hälfte bedeuten und dieser Betrag müsste aus der Reichskasse gedeckt werden. Da der Reichsfinanzminister erklärte, dafür keine Deckung zu haben, wurde der Antrag zunächst zurückgestellt.

SPD. Paris, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Delegation für die Genfer Abrüstungskonferenz ist am Dienstag durch Beschluss eines Ministerrats folgendermassen zusammengesetzt worden: Präsident Kriegsminister Tardieu, Vizepräsident Senator Paul Boncour, Delegierte Abgeordneter Fabry, die Minister Dumont, Dumesnil und Reynaud und Unterstaatssekretär Gignoux. Die Sachverständigen werden später ernannt werden.

SPD. Dresden, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag befasste sich am Dienstag mit verschiedenen Anträgen und Anfragen über die Massnahmen zugunsten der vom Hochwasser geschädigten Personen. Die Regierung erklärte, sie könne nur einen kleinen Teil der den Privaten entstandenen Schäden decken und nur dort, wo die Existenz bedroht sei. Die Regierung beziffert den bisher angemeldeten Schaden auf rund 3,7 Millionen Mark.

SPD. München, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Uebergang der altrenommierten Münchener Buchverlage Moritz und Albert Langen in den Besitz des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes bildete am Dienstag den Gegenstand eines Beleidigungsprozesses vor dem Münchener Amtsgericht.

Angeklagt waren das Berliner Tageblatt und die sozialdemokratische "Münchener Post" wegen einer Notiz über den aufsehenerregenden Selbstmord des bei dem genannten Verlage angestellten sehr bekannten Verlagsbuchhändlers Karl Krause am 13. Juni vorigen Jahres. Die beiden Blätter hatten an diese Mittei-

lung die sehr naheliegende Vermutung geknüpft, dass der Selbstmord mit dem jähen Richtungswechsel der Verlagsgesellschaft zusammenhänge. Der Direktor des neuen im Besitz des DHV befindlichen Verlages, der ehemalige Korvettenkapitän Petzold vermochte die Behauptung über den Rechtsruck des Verlages nicht zu entkräften. Er behauptete aber - und eine Reihe von jetzt noch bei ihm angestellten Verlagsbuchhändlern bezeugten dies - dass Krause nicht im Zusammenhang mit einem Richtungswechsel, sondern wegen sittlicher Verfehlungen an einer Untergebenen entlassen worden sei. Ausserdem sei der Verstorbene schon längst nicht politisch links, sondern ganz weit rechts gestanden. Die Behauptung von den sittlichen Verfehlungen beruht auf der Zeugenaussage einer Stenotypistin, die aber durch die Ausserung einer anderen Zeugin, erstere habe wiederholt im Verlagsbüro "turnerische Aufführungen" gemacht und einmal auch einen unzüchtigen Akt erfunden, wieder abgeschwächt wurde.

Eine besonders unglückliche Rolle in diesem Prozess spielt der 26jährige Syndikus des DHV Steffens-Hamburg. Der junge Mann hatte entgegen dem Verlangen des Verlagsdirektors Petzold der Witwe des verstorbenen Krause in einem ziemlich unhöflichen Brief alle Ansprüche an den Verlag schroff abgelehnt. Er sagte dem erstaunten Richter, dass er es für notwendig gehalten habe, die Sache so zu drehen, weil das für den Verband günstiger sei. Auf die verblüffte Frage des Gegenanwalts, ob er denn wisse, dass er Angestellter einer Arbeitnehmergewerkschaft ist, erklärte der Syndikus seelenruhig lächelnd: "Trotzdem habe ich es für richtig gehalten. Ich wollte das so frisieren, wie es für uns günstiger war." Selbst der Gerichtsvorsitzende bemerkte zu diesem zynischen Geständnis des Gewerkschaftssyndikus: "Na, ich hätte einen solchen Brief nicht geschrieben."

Das Urteil wird in der nächsten Woche verkündet. Die Beklagten haben übrigens auch Widerklage gegen Petzold wegen einer vom Verlag herausgegebenen Broschüre erstattet, die unter dem Titel "Deutsche Literatur im Kampf um ihr Recht" die gröblichsten und gehässigsten Beleidigungen gegen sie enthält.

SPD. Hannover, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die "Eiserne Front" marschiert auch in Stadt und Land Hannover. Nachdem in der vorigen Woche der Bezirksausschuss der Eisernen Front entstanden ist, bestehen jetzt bereits Hunderte von Ortsausschüssen. In den wenigen Tagen seit der Gründung sind bereits 563 öffentliche Kundgebungen angemeldet worden. Die Zahl der angesetzten Versammlungen dürfte bis Ende der Woche auf über 1000 ansteigen.

SPD. Paris, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kammersitzung wurde am Dienstag-Nachmittag um drei Uhr bei stark besetztem Hause und überfüllten Tribünen mit einer Rede des Kammerpräsidenten Bouisson eingeleitet. Die Rede ging diesmal über den gewöhnlichen Rahmen einer derartigen Kundgebung hinaus, indem sie auch zu den schwebenden aussenpolitischen Fragen Stellung nahm.

Bouisson führte u. a. aus: "Vor einigen Monaten haben Sie (zur Kammer) eine neue nicht vorausgesehene Verantwortung übernehmen müssen, als Sie den Vorschlag des Präsidenten Hoover billigten. Alle diese Probleme, die gelöst zu sein schienen, sind jetzt von neuem aufgeworfen. Ich weiss nicht, welche Beschlüsse die Kammer fassen wird. Aber der Präsident der Kammer glaubt, ohne aus der Zurückhaltung herauszutreten, die sein Amt ihm auferlegt, bestätigen zu können, dass unser Land nichts von seinen Schuldforderungen ablassen kann, ohne dass es die Gewähr einer entsprechenden Herabsetzung seiner Schulden hat. Ich glaube, in dieser Weise genau den Geist widerzugeben, in dem alle diese Abkommen abgeschlossen und ratifiziert worden sind. (Grosser Beifall bei

allen Parteien einschliesslich der meisten Sozialisten.) Frankreich hat stets seinen Friedenswillen bewiesen, sowohl bei den schwierigen Verhandlungen, von denen ich soeben sprach, als auch durch seine aufrichtige Mitarbeit in den internationalen Einrichtungen vor allem dem Völkerbund. (Beifall auf allen Bänken. Die Linke verhöhnt die Rechten wegen dieses Beifalls.) Frankreich will sich nicht im internationalen Leben isolieren. Aber weil es von einem weiten Versöhnungsgeist und von einer Sympathie beseelt ist, die angesichts der Schwierigkeiten und Leiden der anderen Nationen tatkräftig zu sein versteht, und weil es immer zu aller durch die Notwendigkeiten bedingten Anpassung bereit ist, glaubt er fordern zu können, dass ausführlich diskutierte und feierlich verkündete Abkommen nicht durch den einseitigen Beschluss einer der beteiligten Parteien aufgehoben werden können." (Grosser Beifall auf allen Bänken.)

Im Anschluss daran bestieg Laval die Rednertribüne um die Regierungserklärung zu verlesen. Er wurde von der Rechten mit Beifall, von der Linken mit Rufen "Briand", "Briand" empfangen, was ihn sichtlich nervös machte, soda er den Anfang seiner Erklärung mit unsicherer Stimme verlas. In seiner Erklärung ging Laval sofort auf die "beiden grossen Probleme ein, die zurzeit Gegenstand internationaler Beratungen bilden, nämlich auf die Reparations- und Abrüstungsfrage." Es heisst darüber:

"Die Welt nimmt mit der Begierde nach Formeln, die eine Heilung der Weltkrise versprechen, leider mit zu grosser Gunst die Thesen auf, die nach ihrer Meinung ein Allheilmittel ohne jede Reue bringen. Die Streichung der Reparationen und Schulden würde von einem solchen Geisteszustand ausgehen. Wir können für die Zukunft nicht Lösungen annehmen, die, ohne die Krise zu lösen, Frankreich in seinen wesentlichsten Interessen und in seinen Rechten schadenwürden, die durch feierlich abgeschlossene Verträge bestätigt sind. (Beifall rechts und in der Mitte, Schweigen links.) Wir werden nicht das Recht auf die Reparationen verjähren lassen. Man verlangt von uns eine Generalquittung zugunsten unserer Schuldner. Eine doppelte Pflicht ist uns auferlegt: gegenüber den Generationen, die den Krieg mitgemacht haben, eine Pflicht der Billigkeit: wir dürfen nicht von unserer Forderung opfern, ohne eine entsprechende Erstattung unserer eigenen Schulden; gegenüber den zukünftigen Generationen: wir müssen alle Abkommen einem gerechten Gleichgewicht der Produktions- und Existenzbedingungen unterordnen. Dieses Gleichgewicht wäre aber gestört, wenn nach der Krise das Missverhältnis zwischen den finanziellen und den Steuerlasten uns in der internationalen Konkurrenz in einen Zustand sicherer Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen Verhandlungen betreffend einer Anpassung der in Kraft befindlichen Schuldenabkommen an die Periode der wirtschaftlichen Depression sich strikt von jenen fundamentalen Grundsätzen leiten lassen, die das französische Parlament stets gebilligt hat."

Die nächsten Absätze der Erklärung beziehen sich auf die zur Abschwächung der Krise in Frankreich zu ergreifenden Massnahmen. Der Schluss ist der Abrüstungskonferenz gewidmet. Die Erklärung verteidigt das französische Memorandum vom 15. Juli 1931, das jede Beschränkung der französischen Rüstungen von einer Erhöhung der Sicherheit durch die Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, genaue Differenzierung des Angreifers und gegenseitigen Beistand abhängig macht. (Beifall rechts, Schweigen links.)

Nachdem der Kammerpräsident die inzwischen angemeldeten Interpellationen verlesen hatte, erklärte sich der Ministerpräsident mit der sofortigen Diskussion der Interpellationen einverstanden, die sich auf die Zusammensetzung, die allgemeine Politik und die Aussenpolitik der Regierung beziehen. Der erste Interpellant, der radikale Abg. Ledoux, der die Zusammensetzung der neuen Regierung kritisierte, rief durch seine humoristische Sprechweise wahre Heiterkeitsstürme im ganzen Hause hervor. Besonders gross war die Heiterkeit als Ledoux in bezug auf den neuen Aussenminister Laval ausrief: "Nun sehen Sie sich mal das an. An der Stelle Briands sitzt Herr Laval! Glaubte er, eine genügende Autorität zu besitzen? Glaubte er denn, dass die Mehrheit, an deren Treue er

oft appelliert, ihn liebt?" Ledoux schloss mit der Erklärung, dass er zu Laval und zu seiner Regierung kein Vertrauen habe, denn statt die Einigkeit der Parteien herbeizuführen, trenne Laval die Parteien.

Der zweite Interpellant, der Sozialist Frossard, machte zu Beginn seiner Rede auf die Kriegsgerüchte aufmerksam, die über den Städten und auf dem Land verbreitet sind und die nach seiner Ansicht auf die Ohnmacht der Regierungen in internationaler Beziehung, das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen, und auf die zu zahlreichen Kundgebungen zurückzuführen sind, die einer loyalen Achtung der Verträge widersprechen. Frossard kritisierte in scharfer Weise die Art der Regierungsumbildung, wobei man nur das Ziel verfolgt habe, ohne Briand an der Macht zu bleiben. Laval habe edelmütig Herriot ein Portefeuille angeboten, über das er noch gar nicht verfügt habe. Herriot habe das Anerbieten mit Recht abgelehnt. Das gegenwärtige Kabinett sei das reaktionärste der jetzigen Legislaturperiode. Mit dieser Regierung und ihrer Mehrheit könne keine Politik des Friedens gemacht werden. (Grosser Beifall links.)

SPD. London, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die inoffiziellen Bemühungen der französischen Regierung zur Vertagung der Lausanner Konferenz sind auch am Dienstag in London fortgesetzt worden. Immerhin hofft man hier, Frankreich von seinem Plan unter der Voraussetzung abbringen zu können, dass die Reparationskonferenz nur eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein halbes oder ganzes Jahr beschliesst, und zwar zu den Bedingungen, die seinerzeit auf der Londoner Konferenz vereinbart wurden, also mit Zahlung der ungeschützten Annuität und ihrer Rückleihe an Deutschland. Das englische Auswärtige Amt hat sich am Dienstag u. a. auch bemüht, Deutschlands Zustimmung zu dem von ihm erstrebten Plan zu erreichen. Der deutsche Botschafter in London hatte zu diesem Zweck eine Unterredung mit dem englischen Aussenminister.

Die Aussichten für die Lausanner Konferenz haben sich im Laufe des Dienstag wesentlich verschlechtert. In manchen Kreisen betrachtet man die Konferenz bereits als erledigt. Von englischer Seite wird jedoch erst am Mittwoch eine Entscheidung fallen.

SPD. Mainz, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf einer Bürgermeisterwahl in Hechtsheim bei Mainz siegte der sozialdemokratische Kandidat, der bisherige Bürgermeister Weyer. Die Kommunisten verloren im Vergleich zu dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl im November vorigen Jahres über 250 Stimmen, die restlos der Sozialdemokratie zugute kamen.

In Bechtoldheim in Rheinhessen siegte ein Sozialdemokrat gegen einen Nationalsozialisten in einer Beigeordnetenstichwahl mit 360 gegen 322 Stimmen.

SPD. Halle, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Studentenschaft an der Universität Halle hatte dieser Tage beschlossen, den nach vieler Mühe geschlossenen Burgfrieden an der Universität nicht mehr zu halten, und zwar mit der durchsichtigen Begründung, dass die andere Seite durch Veröffentlichung der Dokumente zum Fall Dehn die Veranlassung dazu gegeben habe. Die Bemühungen des Rektors zur Aufrechterhaltung der Ruhe hatten nur teilweise Erfolg. Der offene Kampf gegen Dehn und somit gegen das preussische Kultusministerium ist wieder eröffnet. Am Dienstag-Abend wurde die Vorlesung des Professors Dehn durch das Entzünden von sogenannten Kanonen-

schlägen gestört. Es gelang, den Täter, einen nationalsozialistischen Studenten der Theologie, festzunehmen, obwohl er nach vollbrachter Tat zu flüchten versuchte. Man wird also in nächster Zeit wieder allerhand von dem halleschen Studentenpöbel zu hören bekommen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der wichtigste Zweig der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die deutsche Milchwirtschaft, stand in den letzten Wochen in zunehmendem Masse unter dem unerhörten Druck des völligen Zusammenbruchs am internationalen Buttermarkt. Dieser wurde, abgesehen von der sich in den letzten Jahren ständig steigerten Buttererzeugung in der Welt, vor allem verursacht durch die Entwertung verschiedener massgeblicher Währungen und die sich mehr und mehr verringernde Aufnahmefähigkeit des englischen Buttermarktes. In ununterbrochener Folge sanken aus diesen Gründen die für den Weltbuttermarkt entscheidenden Preise in Kopenhagen seit Mitte September 1931 von 118,- RM je Ztr. auf gegenwärtig 75,- RM je Ztr., d.h. um 43,- RM je Ztr. ab. Bei der bisherigen Abhängigkeit des deutschen Buttermarktes vom Weltbuttermarkt drohte sich dieser Preissturz in vollem Umfange auch auf die deutschen Butterpreise zu übertragen. Unter diesen Umständen wurden die Verhältnisse für die deutsche Milchwirtschaft, die mit einem Produktionswert von rd. 4 Milliarden RM in normalen Zeiten neben der Fleischerzeugung mit an der Spitze aller Produktionszweige stand, völlig unerträglich. Die Berliner Butternotierung ging auf 97,- RM je Ztr. oder bei einem Friedenspreis von 131,- RM je Ztr. im Januar 1913 auf 74 % des Friedenspreises zurück. Demgegenüber belaufen sich die Produktionskosten der Landwirtschaft auf etwa 120 % des Friedens. Die sich aus dieser Situation für die Milchwirtschaft ergebenden Verluste mussten täglich auf Millionen oder jährlich auf Milliarden Verlust veranschlagt werden. Angesichts der verzweifelten Lage der bäuerlichen Betriebe und im Hinblick auf die Unmöglichkeit, durch staatliche Massnahmen zum Ausgleich eine angemessenere Gestaltung der Viehpreise herbeizuführen, da deren Tiefstand fast ausschliesslich eine Folge der durch starken Import an Futtergetreide und Rekordfuttermittelernten der letzten Jahre überhöhten Viehbestände ist, gab es für die Reichsregierung unter sorgfältiger Abwägung und Berücksichtigung der deutschen Ausfuhrinteressen keine andere Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft und damit den wichtigsten Faktor des deutschen Binnenmarktes vor der Vernichtung zu bewahren, als die Milch- und Buttererzeugung, gegen die verheerenden Auswirkungen der internationalen Butterkrise zu schützen.

Im einzelnen stellt sich die neue Butterzollregelung wie folgt dar:

Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 RM auf 100 RM für den dz erhöht. Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wurde gemäss der Verordnung des Reichspräsidenten über ausserordentliche Zollmassnahmen vom 18.d.M. ein Zuschlag von 15 % des Wertes der Butter oder von 36 RM je dz eingeführt. Der dieser Berechnung des Zolلزuschlags zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 RM je dz angesetzt worden. Der Zuschlag wird sowohl beim autonomen wie beim Vertragssatz angewandt. Gleichzeitig wurde der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht auf 170 RM je dz festgesetzt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch, Molkeneiweiss wurde auf 17 RM je dz erhöht.

SPD. Halle, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Regierungspräsident von Merseburg hat aufgrund der Notverordnung für den Kreis Torgau angeordnet, dass alle Schuss- und anderen Waffen sowie Munition von den Besitzern bei den Polizeibehörden anzumelden sind. Der Grund zu dieser Massnahme ist in den dauernden Waffenfunden in Torgau und Umgebung zu suchen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Minderwertigen.

SPD. Der "Völkische Beobachter" ist einem teuflischen Anschlag auf die nordische Rasse auf die Spur gekommen. Er beschäftigt sich mit den Beratungen eines Sonderausschusses der BZ über den Etat der deutschen Kultusministerien und dem mit den Ersparungsmassnahmen, die in diesem Zusammenhange ins Auge gefasst worden sind: Möglichste Kleinhaltung der Schülerzahl, Verschärfung der Auswahl unter dem Gesichtspunkt der Begabung. Gegenüber solchen Plänen von ausser her eine rücksichtslose Drosselung der Kulturleistungen in Deutschland vorzunehmen, ist natürlich kein Wort zu verlieren. Aber wie nehmen nun die Nazis den Kampf dagegen auf? Der "Völkische Beobachter" deklamiert:

"Wir Nationalsozialisten sehen in diesem Beschluss einen wahrhaft raffiniert ersonnenen Anschlag auf das nordische Blut in unserer Volke."

Warum und wieso? Trifft das nicht alle gleichmässig. Mögen sie nun nordisch, slawisch, mittelländisch oder jüdisch abgestempelt sein oder wie es in der nationalsozialistischen Rassenlehre sonst noch heisst. Das ist es ja eben, so setzt uns der "Völkische Beobachter" auseinander, dass es rassenmässige Unterschiede in der Begabung gibt:

"Jeden, der sich mit Rassefragen beschäftigt, ist es nur zu bekannt, dass die jungen Menschen, die der nordischen Rasse angehören oder vorwiegend nordrassisch bedingt sind, im allgemeinen eine verzögerte Entwicklung in der Kindheit und der Pubertät aufweisen und dass sie ebenso, wie sie körperlich in einem höheren Alter als andere Rassenangehörige voll ausgereift sind, auch in seelischer und geistiger Hinsicht langsamer reifen. Würde die Nachricht den Tatsachen entsprechen, so ergäbe sich daraus mit Zwangsläufigkeit, dass in Zukunft auf Veranlassung unserer planmässig arbeitenden Gegner gerade wertvollstes Material des deutschen Volkes von den Möglichkeiten einer umfassenden Bildung ausgeschlossen würde."

Die Bestimmung, gegen die sich die Deklamation wendet, ist die, dass die Nichtversetzung eines Schülers vom weiteren Besuch der höheren Schule ausschliessen könne.

Das durfte nicht kommen! Denn daraus muss man die Schlussfolgerung ziehen: Wer zu den schlechten Schülern zählt, wer das Klassenziel nicht erreicht, sondern sitzen bleibt, der ist von nordischer Rasse, und die guten Schüler sind entweder rassische Bastarde oder Juden.

Darf man danach annehmen, dass die nationalsozialistischen Schülerverbindungen eine Auslese derer darstellen, die dem verjudeten Tempo der höheren Schulen in Deutschland nicht gewachsen sind? Darf man gestützt auf den "Völkischen Beobachter" die Behauptung aufstellen, dass in seinem Sinne die Bezeichnung nordische Rasse nichts anderes ist als ein beschönigender Ausdruck für Auslese der Minderwertigen?

Und Röhm?

Der § 175 ist immer noch in Kraft. Er hat einen letzten Sinn, wenn es sich um Strafandrohung gegen Erzieher oder Personen in Machtstellungen handelt, die kraft ihres Uebergewichtes und durch Missbrauch ihrer Stellung jugendliche Personen verführen können. Die Fälle aber, in denen das Schwert der Justiz niedersaust, sind nun nicht gerade diese Fälle, sondern es sind die Fälle, die dann zur Tragödie werden.

Hier ist ein solcher Fall und zwar aus München. Ein Chauffeur, ein ruhiger, ordentlicher und gesetzter Mann, hatte ein nach dem § 175 sträfliches Verhältnis mit einem 16-jährigen Jungen angefangen. Der Vater des Jungen trat dazwischen und machte der Geschichte ein Ende. Ein dritter aber, ein Denunziant, dessen Namen im Dunkeln bleibt, erstattete Strafanzeige. Der Mann und der Junge erhielten Vorladungen, das Verfahren kam in Gang. Der Mann verzweifelte und erschoss den Jungen und sich selbst.

Hier sind zwei Menschenleben vernichtet worden. Es tritt die schreiende Ungerechtigkeit hervor, die darin liegt, dass einer von Zehntausenden, wenn der Paragraph zur Anwendung kommt, bezahlen soll für alle. Der Beobachter empfindet weiter eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn er bedenkt, dass dieser tragische Fall in München spielt. Denn hier läuft seit langem - wie lange ist es schon her? - ein Verfahren auf Grund desselben Paragraphen gegen Hauptmann Röhm.

Was ist eigentlich aus diesem Verfahren geworden? Läuft es noch, hat es zu Ergebnissen geführt, und zu welchen Ergebnissen? Oder ist es stillschweigend eingestellt worden, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfahren hat? Und wenn ja - warum werden dann überhaupt noch solche Verfahren in Gang gesetzt?

Chauvinistischer Wahnwitz.

Der Bürgermeister der Stadt Dinant in Belgien erhielt den nachfolgenden Brief von einem Breslauer Geschäftsmann, der mit elektrotechnischen Artikeln handelt:

"Herr Bürgermeister, ich habe Ihr verleumderisches Schreiben erhalten. Wir besitzen so viel Dokumente über seinen böartigen Inhalt, dass es nicht der Mühe verlohnt, Ihnen seine Niedrigkeit auseinandersetzen. Der Tag wird kommen, wo dies mit Donnerschlägen in Ihren Ohren hallen wird, und an dem die Masse des wallonischen Volkes auf den Knien um Erbarmen flehen wird. Dies sei mein Neujahrswunsch.

Das ist ein Ausbruch des chauvinistischen revanchelüsteren Kriegswahnsinns, der von Hitler und seinen Leuten genährt wird. Es passt ganz ausgezeichnet zu dem Wort des Naziabgeordneten Spangemacher in Oldenburg "Du musst sterben, Du Hund Franzos, weil wir leben wollen." Die Leitung der Nationalsozialistischen Partei hat zwar diese Worte abzuleugnen versucht, aber mit wenig Erfolg; denn diese Worte wurden bekannt durch den Bericht eines sehr weit rechts stehenden bürgerlichen Blattes. Im übrigen hilft die Ablehnung einer solchen einzelnen Äußerung gar nichts. Denn wie der Brief an den Bürgermeister von Dinant zeigt, ist finsterner und blutiger Revanchewahn und die Kriegslüsterheit ein Merkmal, das fast alle Äußerungen des deutschen Faschismus auszeichnet!

Kotau.

Der Reichswehrminister a.D. Gessler sprach Mitte Januar auf einem Vortragsabend des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Er berichtete über die Tätigkeit des Vereins in verschiedenen Gebieten, die von Auslandsdeutschen bewohnt sind. Er sprach über Südamerika, Polen, Tschechoslowakei, Sowjetrussland und Ungarn. Dann kündigte er an: Auch über die Alpen nach Südtirol wolle er den Blick werfen. - Nach dieser Ankündigung räusperte sich der nationalsozialistische Bürgermeister von Lindau, Siebert und machte sich Gessler bemerkbar. Gessler stutzte und fuhr fort: "Jedenfalls kann sich der Landesverband Bayern mit besonderem Stolz vermerken, dass er der Betreuer dieser Aufgabe ist."

Dann trat eine Verlegenheitspause ein, an deren Schluss Gessler äusserte: "Ich bitte davon nichts weiter zu bemerken." Dann begann er von etwas anderem zu reden. - Da scheint Herrn Gessler plötzlich eingefallen zu sein, dass Hitler Südtirol verraten hat und dass der Hitlergenosse Siebert vor ihm sass!

Aus aller Welt

Gefängnisanträge in Lübeck!

"Ein warnendes Menetekel in der Geschichte der Medizin!"

SPD. Lübeck, 19. Jan. (Eig. Drahtb.)

Im Lübecker Kindertodprozess beantragte Oberstaatsanwalt Lienau am Dienstag gegen Professor Deycke 3 Jahre Gefängnis, gegen Obermedizinalrat Dr. Altstaedt 3 Jahre Gefängnis und gegen Professor Klotz 1 Jahr Gefängnis. Schwester Anna Schütze sei freizusprechen, obwohl der Sachverständige Bruno Lange ihre technische Handfertigkeit beanstandet habe.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass als Ursache des Unglücks eine auf Fahrlässigkeit zurückzuführende Verwechslung in dem ungenügend ausgerüsteten Lübecker Laboratorium mit Sicherheit nachgewiesen ist. Es liesse sich aber nicht feststellen, wer diese Vertauschung vorgenommen hat; vielleicht die Schwester Anna Schütze, vielleicht aber auch ein anderer Mitarbeiter Professor Deyckes. Der an eine fixe Idee grenzende Glaube, dass nicht nur bei den Original-BCG-Stämmen, sondern auch bei dem Lübecker Präparat ein virus fix (ein nicht veränderlicher abgeschwächter Bazillenstamm) vorliege, hätte die verantwortlichen Lübecker Aerzte dazu verleitet, zu übersehen, dass alle geimpften Säuglinge an Fütterungstuberkulose erkrankt waren. Die wissenschaftliche Besessenheit schütze aber noch lange nicht vor der ärztlichen und strafrechtlichen Verantwortung.

Die Hauptschuld Professor Deyckes sieht die Staatsanwaltschaft in der Tatsache, dass der Angeklagte die Errichtung eines Speziallaboratoriums für Impfkulturen unterliess und dadurch die Möglichkeit einer Verunreinigung bzw. Verwechslung schuf. Als fahrlässig sei auch die Unterlassung der Tierversuche und die Unachtsamkeit der Diagnosenstellung im Falle des Kindes Griese zu beurteilen. Auch der Stadtphysikus Obermedizinalrat Dr. Altstaedt habe sehr fahrlässig gehandelt, als er bei der Einführung des Calmette-Mittels in Lübeck die allerelementarsten Vorsichtsmassnahmen ausser Acht liess. Gewiss habe er das Beste gewollt - aber hier komme es nicht nur auf den Willen, sondern auch auf das Können an. "Altstaedt war unfähig, jene Grosstat durchzuführen, die er vor Augen hatte. Auch in der Medizin darf man nicht nach allzu hohen Lorbeeren greifen. Das Lübecker Unglück ist ein warnendes Menetekel in der Geschichte der Medizin". Die Verantwortung des Professor Klotz sei geringer als die der Angeklagten Alstaedt und Deycke.

Zur Begründung des Strafmasses führte Oberstaatsanwalt Dr. Lienau aus: Auf der Anklagebank sitzen Männer, die ihre ganze Kraft ihrem Beruf gewidmet haben, die mit ganzer Liebe der Gesundheit und dem Wohle der Mitmenschen gelehrt haben. Professor Dr. Deycke ist ein Mann von höchster ethischer Lebensauffassung, dem Kant das zweite Ich geworden ist, der erfüllt ist von dem Gedanken: es ist nicht meine Aufgabe, glücklich zu sein, ich habe meine Pflicht zu tun. Wir wissen auch ganz genau, dass Dr. Altstaedt mit aller Fürsorge und Liebe an die Sache herangegangen ist. Wenn auch vielleicht in seinem Unterbewusstsein der Gedanke geschlummert haben mag, dass Lübeck nun die erste Stadt sei, die unter seiner Aegide das Calmette-Verfahren einführe, so war doch sein Hauptgedanke, dass er, der vor ganz kurzer Zeit seine Frau hatte dahinsiechen sehen, den Kindern in Lübeck hatte helfen wollen. Schliesslich wissen wir alle, dass Professor Klotz als anerkannt tüchtiger Kinderarzt angesehen wird. Aber dies macht im vorliegenden Falle die Entscheidung so schwer. Aber wir haben alle dem Gesetz zu folgen. Erwägen für also das Für und Wider.

dann kann man sagen, dass wir über die Hälfte der Strafen, die das Gesetz androht, bei Professor Deycke und Dr. Altstaedt hinausgehen müssen, während Professor Klotz selbstverständlich milder anzusehen ist, weil ja der Kreis der durch seine Fahrlässigkeit betroffenen Kinder geringer ist. Gegen Dr. Altstaedt und Professor Deycke beantrage ich die gleiche Strafe. Freilich ist dabei zu bedenken, dass einen Mann, der an der Grenze seines Lebens steht, die Strafe vielmehr trifft als einen Mann, der mitten auf der Höhe des Lebens steht wie Dr. Altstaedt. Aber wir werden nicht vergessen dürfen, dass das Unglück entstanden ist in jenem Kreis, den sich Professor Deycke zur Tätigkeit ausgewählt hat. Einen Haftbefehl zu beantragen, liegt für mich kein Anlass vor.

Die Plädoyers der Rechtsanwälte folgen am Donnerstag. Zunächst werden die Vertreter der Nebenkläger, anschliessend die Verteidiger der Angeklagten sprechen.

Piccards Gondel. Dr. Kipfer, der Assistent Professor Piccards ist in Obergurgel eingetroffen, um den Abtransport der Gondel des Piccard'schen Stratosphärenballons vorzubereiten. Sowohl das deutsche Museum in München als auch die Brüsseler Firma, die Piccards Stratosphären-Expedition finanziell unterstützte, bewerben sich um die Gondel.

Verzweiflungstragödie. In Thomasdorf (Kreis Bolkenhain/Schlesien) ereignete sich ein furchtbares Drama. Ein Bäckermeister, seine Frau und seine beiden 3- und 1½-jährigen Kinder wurden in ihren Betten mit schweren Schusswunden im Kopf aufgefunden. Die beiden Kinder verstarben nach kurzer Zeit; das Ehepaar wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Die Frau, die kurze Zeit das Bewusstsein erlangte, gab an, dass ihr Mann infolge schwerer wirtschaftlicher Notlage zu der Tat getrieben worden sei. Die Kinder habe er getötet, während sie schliefen.

Grausiger Mordversuch. In Altenwalde (Saargebiet) versuchte eine Frau ihren Ehemann zu verbrennen. Sie übergoss den Mann, während er schlief, mit Petroleum, das sie dann mit einer brennenden Zeitungsfackel zur Entzündung bringen wollte. In diesem Augenblick erwachte der Mann und schlug der Mörderin das brennende Papier aus der Hand. Die Täterin wurde verhaftet.

Salaban nur Helfer? Der vor einigen Tagen in Berlin-Lichterfelde verhaftete Falschmünzer Salaban bleibt bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Moabit dabei, dass er bei seinen Münzfälschungen einen Mittäter gehabt habe. Angeblich soll der Mittäter den Namen Christiansen tragen. Salaban erklärt, dass Christiansen die treibende Kraft gewesen sei und dass er sich mit ihm nur eingelassen hätte, weil er in Notlage gewesen wäre.

Die Verteidiger des Ehepaares Salaban machen geltend, dass die Beihilfe der Frau Salaban darauf zurückzuführen sei, dass sie zu ihrem Manne in einem völligen Hörigkeitsverhältnis stehe. Frau Salaban heiratete ihren Mann im Alter von 17 Jahren. Es war eine Liebesheirat. Aus Liebe zu ihrem Manne hätte Frau Salaban auch das Falschgeld vertrieben.

Die Ermittlungen der Polizei nach dem Vorleben des Falschmünzers haben u.a. auch ergeben, dass Salaban in den Jahren 1911/1912 in Stettin lebte. Er gab sich dort als Schauspieler aus, verkehrte in Bühnenkreisen, ist jedoch niemals öffentlich auf einer Bühne aufgetreten. Wovon Salaban in Stettin lebte, ist noch nicht aufgeklärt.

Radium in Oberösterreich! In Mühlviertel bei Linz wurde von einem Ruten-gänger, der für einen Landwirt nach Wasser suchte, ein aussergewöhnlich hochwertiges Radiumlager entdeckt. Bei der Überprüfung wurde von der staatlichen

Untersuchungsanstalt festgestellt, dass in dem betreffenden Gebiet von 11 000 Tonnen Erde ein Gramm reines Radium, also wesentlich mehr als bei anderen Radiumlagern, gewonnen werden kann.

Gestrandeter Fischdampfer. In den Schären bei Kopervik (Norwegen) ist der Cuxhavener Fischdampfer "Offenbach" im Orkan gestrandet. Das Boot, in dem sich die 16 Mann starke Besatzung ans Ufer retten wollte, schlug um. Ein Matrose ertrank, die 15 andern Schiffbrüchigen erreichten nach hartem Kampf mit den Wellen das Ufer.

Gollnow wird Gefängnis. Das Zuchthaus Gollnow soll wieder Zentralgefängnis werden. Die dort inhaftierten Zuchthäusler werden in andere Anstalten verteilt. Die Massnahme wird damit begründet, dass die freie Lage der Strafanstalt, die wegen ihrer hohen Zahl von Ausbrechern berüchtigt war, Entweichungen begünstigte und die Verfolgung erschwerte. Der Teil der Anstalt, in dem bisher die zu Festung verurteilten politischen Gefangenen untergebracht waren, soll in absehbarer Zeit Werkstättegebäude werden.

Interessante Rundfunkstatistik. Bei den Berliner Rundfunkhörern wurden durch eine Umfrage die jeweiligen Abhörzeiten festgestellt. 33 Prozent aller Teilnehmer schalten den Apparat um 6 $\frac{1}{2}$ morgens ein. Die Hörerziffer steigert sich um 9 Uhr morgens auf 50 Prozent. Die Kurve fällt dann um die Mittagszeit etwas, steigt dann aber stetig an: an den Nachmittagskonzerten sind etwa 75 Prozent der Hörer interessiert. Zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags wird das Interesse wieder etwas schwächer. Dann aber schalten sich mehr und mehr Hörer ein. Nach 8 Uhr abends hören 89 Prozent der Rundfunkabonnenten die Darbietungen ab. 85 Prozent halten bis zum Schluss des Programms durch. Nur 3 bis 5 Prozent benutzen die Nachtzeit zum Suchen fremder Stationen.

Verhaftete Verbrecherbande. In Berlin und Brüssel wurden je zwei Mitglieder einer seit längerer Zeit verfolgten vierköpfigen internationalen Verbrecherbande verhaftet; ein fünftes Mitglied der Bande wird noch gesucht. Den Verhafteten wird ausser verschiedenen Verbrechen in London, Warschau, Brüssel und Memel auch der am 15. Oktober vergangenen Jahres ausgeführte Rieseneinbruch im Finanzamt Essen zur Last gelegt. Die Täter erbeuteten damals für 350 000 Mark Stempelsteuermarken, von denen aber Werte in Höhe von 150 000 Mark wieder herbeigeschafft werden konnten. Wegen der beiden von der Berliner Polizei verhafteten Verbrecher ist vom Polizeipräsidium Brüssel Auslieferungsantrag gestellt worden.

20 000 Indianer isoliert. Infolge schwerer Schneestürme sind 20 000 im westlichen Teil von Neumexiko lebende Indianer von der Aussenwelt vollkommen abgeschnitten. Die isolierten Indianer werden durch amerikanische Heeresbombenflugzeuge mit Lebensmitteln versorgt.

Ueber 200 Jahre Gefängnis... In Ramincul Sarat (Rumänien) wurde ein Weinbauer wegen Hinterziehung der Alkoholsteuer zu einer Geldstrafe von 3 700 000 Lei verurteilt. Der Weinbauer ist erklärlicherweise zur Zahlung einer so hohen Strafe nicht fähig. Nach der rumänischen Gesetzgebung und dem von ihr bestimmten Umrechnungsschlüssel müsste diese Geldstrafe in 202 Jahre und 250 Tage Gefängnis umgewandelt werden. Die Frage, wie sich hier die Behörden aus der Klemme ziehen werden, ist noch nicht beantwortet.

Gemerkliche Kündschou *

Sorgen der Rheinschiffer.

SPD. Die deutschen Rheinschifferlöhne sind - unter Hinzurechnung der finanziellen Auswirkung der Manteltarifsänderung - um 20 bis 25 Prozent gesenkt worden. Der letzte Schiedsspruch fiel im Mai 1931 und setzte die Löhne ab 1. April 1931 bis Ende März 1932 fest. Diese lange Tariffdauer war eine Ausnahme. Sie hat ihre guten Gründe. Die Löhne der Rheinschiffahrt sind nämlich schon seit fast einem Jahre unter den Stand vom Januar 1927 gesunken, sodass durch die Notverordnung nur noch wenige Spitzenlöhne gesenkt werden konnten. Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag der Unternehmer, die Rheinschiffahrt mit dem Bergbau gleichzustellen und einen weiteren 15%igen Abbau durchzuführen abgelehnt. Auch er dürfte sich zu der Auffassung des Rheingutachtens durchgerungen haben, dass die Rheinschiffahrt von der Lohnseite her nicht gerettet werden kann.

Die Rheinreeder sehen das Heil der Rheinschiffahrt nur im Lohnabbau. Die aus "Rheinschiffahrtskreisen" kommenden Zuschriften an die Unternehmerpresse behaupten neuerdings, dass die deutsche Rheinschiffahrt bis 100 % mehr Löhne zahle als die ausländische Konkurrenz. Das ist eine sehr unvorsichtige Behauptung. Die Lohnfrage ist im Rheingutachten sehr sorgfältig untersucht worden. "Der typische Matrosenlohn auf holländischer Seite", sagt das Gutachten (Seite 428), "liegt zwischen 39,48 und 42,43 Mark auf der Niederrheinfahrt und 42,43 und 45,46 Mark auf der Oberrheinfahrt... gegenüber einem deutschen Matrosenlohn von 46,80 bis 51,60 Mark." Das ist in der Spitze ein Unterschied von 11,9 % zugunsten des deutschen Matrosen. Stellt man die niedrigsten Löhne gegenüber, so überragt der deutsche Lohn den holländischen um 15,7 Prozent. Wie sorgfältig und unparteiisch das Gutachten bei der Findung der deutschen Löhne vorging, erhellt aus seinem Satz auf Seite 428. Es heisst da: "Was die Arbeitszeit betrifft, so haben wir ganz im Sinne unseres Lohnkostenvergleichs einen Ausgleich dadurch herbeigeführt, dass wir auf deutscher Seite einen 20%igen Zuschlag zu den Grundlöhnen eingesetzt haben." Die Kosten für die in Deutschland kürzere Arbeitszeit sind also schon berücksichtigt, und es bleibt nur noch die sozialpolitische Vorbelastung. Darüber sagt das Gutachten an der gleichen Stelle: "Von der Sozialversicherung können wir absehen. Zwar ist der deutsche Arbeitgeberbeitrag zur Kranken-, Invaliden-, Arbeitslosen- und Angestelltenversicherung höher als die entsprechenden holländischen Leistungen, aber die Abweichungen sind nicht so gross, dass wir von nennenswerten Unterschieden in der Arbeitnehmerlage sprechen könnten; wir haben ja bereits betont, dass beachtlich nur die Arbeitslosenversicherung zugunsten der deutschen Arbeitnehmer ins Gewicht fällt... Auf keinen Fall ist es jedoch angängig, den deutschen Arbeitnehmerbeitrag vom deutschen Lohn abzusetzen." Den Gutachtern ist dagegen die steuerliche Belastung der Arbeiter umso wichtiger. Sie geben das Jahreseinkommen eines deutschen vollbeschäftigten Matrosen mit 2 683,20 Mark (1928) an, das eines holländischen mit 2 210,64 Mark. Der mit Frau und zwei Kindern gesegnete Holländer zahlt 20,87, der Deutsche 65 Mark Steuern.

Wie die "Rheinschiffahrtskreise" zu einem Lohn kommen, der bis 100 % über dem holländischen liegt, ist völlig unverständlich, wenn man nicht annehmen will, dass der niedrigste holländische Lohn (das Taschengeld, das der Besitzer seinem mitfahrenden Sohn gibt) mit dem höchsten deutschen Lohn verglichen ist. Jedenfalls liegt der deutsche Rheinschifferlohn heute effektiv

im allgemeinen nicht mehr über dem holländischen; mit dem schweizerischen steht er ungefähr gleich; der belgische liegt noch unter dem deutschen, der französische ist mit dem deutschen schwer vergleichbar, da hier wesentlich bessere Rahmenar Tarifbestimmungen noch in Frage kommen.

Durch einen Abbau der Löhne kann die Rheinschifffahrt - das ist der Schluss des Gutachtens - nicht saniert werden. Trotz wiederholter Lohnkürzung ist die Lage der Rheinschifffahrt eher schlechter als besser geworden - ein Zeichen, dass die Verfasser des Gutachtens, Männer der Praxis und der Wissenschaft, klarer sehen als die Interessenten. Als einen Ausweg aus der Krise empfiehlt das Gutachten eine Art Vereinbarung mit der Reichsbahn. Die "Rheinschifffahrtskreise" behaupten nun aber, die Konkurrenz der Eisenbahn sei heute noch schärfer als bisher. Das ist bedauerlich, aber keine Sache, für die man das Personal der Rheinschifffahrt büßen lassen kann; denn sein Einfluss auf die Gestaltung der Reichsbahntarife ist wesentlich geringer als der der Reeder, unter denen die Industriellen das Übergewicht haben.

Die Gutachterkommission empfiehlt vor allem die Kartellierung als Weg aus der Unrentabilität. Die "Rheinschifffahrtskreise" aber meinen in ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit, ein Kartell müsse immer Rücksicht nehmen auf die Gesteuerungskosten der ungünstiger arbeitenden Betriebe; jeder Zusammenschluss müsse daher mit einer nicht unbedeutlichen Frachterhöhung verbunden sein. Die Auffassung, die die "Rheinschifffahrtskreise" über das Wesen und die Wirkung eines Kartells zum Ausdruck bringen, bestätigen nur das allgemeine Urteil über die Verderblichkeit einer volkswirtschaftlich schädlichen Kartellierung. Von der Auffassung, dass die Kartelle Angebot und Nachfrage im Interesse der Allgemeinheit regeln sollen, sind die Rheinschifffahrtskreise, wie man sieht, weit entfernt.

Die Rheinschiffer sind mit der Rheinschifffahrt auf Gedeih und Verderb verbunden. Deshalb kann nicht von einer Unversöhnlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gesprochen werden. Die Arbeitnehmer sehen die Argumente der Unternehmer so: Mit dem Hinweis auf die holländische Konkurrenz werden die deutsche Löhne gedrückt. Ist das gelungen, dann gehen dieselben Unternehmer, die nach dem Gutachten 75 % der holländischen Rheintonnage in Händen haben, nach Holland und drücken dort die Löhne. So bleibt ständig eine Differenz, die den Vorwand ergibt, ständig die deutschen Löhne zu drücken. Wo soll das enden?

In einem holländischen Hafen sind kürzlich Binnenschiffer über eine Koprladung hergefallen, um ihren Hunger zu stillen. Wenn das den Rheinschifffahrtskreisen ein erstrebenswertes Ziel dünkt - und der Lohndruck ohne Ende muss dahin führen - dann sind allerdings die Ansichten über die Rettung der Rheinschifffahrt zwischen Unternehmern und Arbeitern unversöhnlich. Das liegt aber dann nicht an den Arbeitern, sondern an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Rheinreeder.

SPD. Im Baugewerbe sind für die Lohngebiete Braunschweig, Giessen, Baden und Vorderpfalz nun ebenfalls die Löhne vom Schlichter auf den Stand vom 10. Januar 1927 festgesetzt. Weitergehende Abbauanträge der Unternehmer in Baden und in der Vorderpfalz wurden zurückgewiesen. Im Lohngebiet Mecklenburg sind die Verhandlungen vor dem Schlichter ergebnislos geblieben. -

Der Schlichter für das Rheinland Dr. Joetten hat seinem unverständlichen Spruch für das rheinische Baugewerbe nun eine noch unverständlichere Begründung folgen lassen. Er sagt darin, es gelte, "das Letzte aus dem Markt herauszuholen". Mit dem "Markt" ist die Arbeiterschaft gemeint. Aus ihrem - Markt wollen manche Schlichter das Letzte herausholen.

SPD. In der Textilindustrie schweben zurzeit für Nordostdeutschland, Württemberg und Baden Lohnverhandlungen. In Baden herrschte zurzeit des Inkrafttretens der Notverordnung ein tarifloser Zustand. Dort muss deshalb durch ein regelrechtes Verfahren Ordnung geschaffen werden. Es wurde ein Spruch gefällt, wonach die Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden. Die Lohnsenkung macht rund 5 % aus; die Arbeitgeber hatten einen Abbau um 15 %, also tief unter den Stand vom Januar 1927 gefordert. -

Die Löhne in der Textilindustrie sind bereits so tief gesunken, dass sie ohne Uebertreibung als unsittlich bezeichnet werden können. Wenn eine Textilarbeiterin nur noch 25 Pfennige in der Stunde erhält und nur noch 24 bis 25 Stunden in der Woche zu arbeiten hat, dann bedeutet das, dass sie, vor allem wenn sie allein steht, auf die Strasse getrieben wird.

Die Kurzarbeit nimmt neuerdings in verschiedenen Branchen und Bezirken, so vor allem in Bayern, wieder bedenklich zu.

SPD. Die Gewerkschaften haben dem Reichsarbeitsminister die Beseitigung der für die Glasiindustrie noch immer geltenden Ausnahmebestimmungen, betreffend Nacht- und Sonntagsarbeit der unter 16 Jahre alten männlichen Jugendlichen, gefordert. Die Geltungsdauer der Verordnung, die diese Ausnahmebestimmungen enthält, läuft bis Ende März. Die Gewerkschaften sind nicht für einen vollständigen Wegfall der Verordnung, weil sie auch eine Anzahl wichtiger Beschäftigungsverbote bzw. -beschränkungen für Jugendliche und weibliche Arbeitnehmer bei bestimmten Arbeiten in der Glasiindustrie enthält.

In den für die deutsche Glasiindustrie besonders in Betracht kommenden Konkurrenzländern ist Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche nicht zulässig.

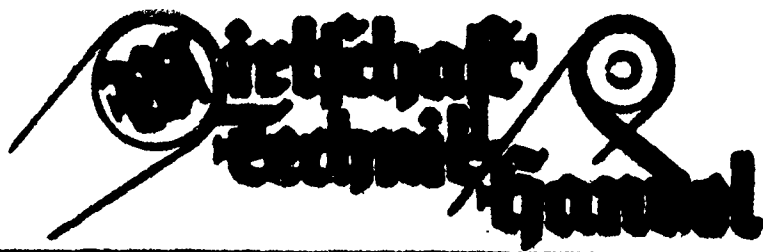
SPD. Die Arbeitsgemeinschaft der ostoberschlesischen Gewerkschaften der Berg- und Metallindustrie beschloss, vor Zurücknahme der Kündigungen mit den Industriellen keine Verhandlungen aufzunehmen. Am Donnerstag wird in Kattowitz eine allgemeine Betriebsrätekundgebung für Ostoberschlesien die Belegschaften über die Lage unterrichten.

Der polnische Arbeitsminister wurde von den Gewerkschaften über die aus dem Konflikt drohenden Gefahren unterrichtet. Auf mehreren Gruben kam es bereits zur Verweigerung der Einfahrt.

SPD. Der Reichsarbeitsminister spricht am Mittwoch-Abend 19.30 Uhr im Berliner Rundfunk über "Weltkrise und Sozialpolitik". Seine Rede wird vom Deutschlandsender übernommen.

SPD. Die Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion ist ein beliebtes Schreckmittel der Agrarier. Augenblicklich drohen sie mit Stillegung der Hälfte aller Zuckerfabriken durch Einschränkung des Zuckerrübenbaues. Diese Einschränkung sei notwendig, weil nicht genügend polnische Arbeiter für den Rübenbau zur Verfügung ständen. -

Den Agrariern passt es nicht, dass in diesem Jahre von der Zulassung irgendeines Kontingents fremder landwirtschaftlicher Arbeiter angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit überhaupt keine Rede sein kann. Auch ohne Kontingent werden aber immer noch in Deutschland etwa 40 000 polnische Landarbeiter auf Grund der zwischen Deutschland und Polen geschlossenen Staatsverträge tätig sein können.



R e k o r d .

Aber Schrumpfung der Ein- und Ausfuhr.

SPD. Das Reichsstatistische Amt gibt den Ausfuhrüberschuss für das Jahr 1931 mit 2574 Millionen Reichsmark an. Wenn man die Reparationslieferungen berücksichtigt, stellt sich der Ausfuhrüberschuss sogar auf 2967 Millionen Mark. Gegenüber dem Vorjahr, in dem sich ein tatsächlicher Ausfuhrüberschuss von 1800 Millionen Mark ergab, hat der Ausfuhrüberschuss stark zugenommen. Die gesamte Einfuhr im reinen Warenverkehr wird für das Jahr 1931 mit 6721,5 Millionen Mark angegeben, davon lebende Tiere 54,9 Millionen, Lebensmittel und Getränke 1969,6 Millionen, Rohstoff und halbfertige Waren 3472,3 Millionen und fertige Waren 1224,7 Millionen. Die Ausfuhr macht 9205,9 Millionen Mark aus, davon 46,5 Millionen Mark lebende Tiere, 356,6 Millionen Mark Lebensmittel und Getränke, Rohstoffe und halbfertige Ware 1691,7 Millionen und fertige Ware 7111,1 Millionen. Man muss dabei berücksichtigen, dass sich im Jahre 1931 eine starke Preissenkung durchgesetzt hat. Der Ausfuhrüberschuss von einigen Milliarden löst aber auch so keine ungetrübte Freude aus. Die Ein- und Ausfuhr sind stark zurückgegangen. Die mengenmässigen Ergebnisse liegen immerhin über dem wertmässigen Ergebnis. Im Durchschnitt ergibt sich folgendes Bild:

1931 1930 1929
Monatsdurchschnitt in Millionen Mark

Einfuhren

Gesamteinfuhr im reinen			
Warenverkehr	560,1	866,1	1120,6
Lebensmitteleinfuhr	164,1	247,4	318,6
Rohstoffeinfuhr	289,3	459,-	600,4
Fertigwareneinfuhr	102,1	149,8	189,1

Ausfuhr einschl. Reparations- sachlieferungen:

Gesamtausfuhr	799,9	1003,-	1123,6
Lebensmittelausfuhr	29,9	40,-	58,5
Rohstoffausfuhr	151,1	204,1	243,9
Fertigwarenausfuhr	615,-	753,1	819,4

Dabei müssen die Aus- und Einfuhren von Gold und Silber berücksichtigt werden. Die Einfuhr von Gold und Silber wird für das Jahr 1931 mit 416,3 Millionen angegeben; die Ausfuhr mit 1423,2 Millionen Mark. In diesen Zahlen kommen die Erschütterungen des Jahres 1931, die Bankenkrise mit ihren Folgen für unsere Währungsreserve deutlich zum Ausdruck.

Insgesamt ist die tatsächliche Einfuhr im Jahre 1931 auf 6632 Millionen Mark gefallen gegenüber 10 200 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Verminderung beträgt 3560 Millionen Mark = 1/3 der gesamten Einfuhr. Gegenüber dem Jahre 1927, das bisher die höchste Einfuhr aufwies, beträgt die Abgabe sogar mehr als die Hälfte. Dabei müssen natürlich die Preissenkungen berücksichtigt werden. Von der Gesamtverminderung in Höhe von 3560 Millionen Mark dürfte auf die Senkung der Einfuhrpreise ein Betrag von 2000 Millionen Mark entfallen. Berücksichtigt man die Einfuhrmengen, dann ergibt sich ein Rückgang von 1600 Millionen Mark. Abgenommen hat gegenüber dem Vorjahr wert- und mengenmässig die Einfuhr aller Warengruppen. Besonders zurückgegangen ist die Einfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren.

Die Ausfuhr beträgt für das Jahr 1931 rund 9206 Millionen Mark gegenüber 11 329 Millionen Mark im Vorjahre. Die Reparationsachlieferungen haben sich von 707 Millionen Mark auf 393 Millionen Mark vermindert. Einschliesslich der Reparationsachlieferungen ergibt sich also eine Gesamtausfuhr von 9600 Millionen Mark gegenüber 12 036 Millionen Mark im Jahre 1930. Gemessen an dem Rückgang des gewogenen Ausfuhrdurchschnittswerts beträgt der durch den Preisrückgang bedingte Mindererlös in der Ausfuhr etwa 1400 Millionen Mark, während sich der mengenmässig bedingte Rückgang der Ausfuhr nur auf 1000 Millionen Mark beläuft. Von der Verminderung der Ausfuhr sind alle Hauptwarengruppen betroffen. Während dem Wert nach die Ausfuhr von Fertigwaren am wenigsten zurückgegangen ist, hat sie mengenmässig stärker abgenommen als die Ausfuhr von Rohstoffen und vor allem als die Ausfuhr von Lebensmitteln, die sich den Volumen nach auf dem Stand von 1930 gehalten haben.

+ + +

Die Dezemberausfuhr wird mit 738,3 Millionen Mark angegeben; davon entfallen 589,4 Millionen Mark auf die Ausfuhr von Fertigwaren. Die Fertigwarenausfuhr hat sich also im Monat Dezember gegenüber dem Vormonat kaum verändert. Sie betrug im November 1931 = 588,7 Millionen Mark. Insgesamt ist die Ausfuhr im November von 748,7 Millionen Mark auf 738,3 Millionen Mark im Dezember zurückgegangen. Die Rohstoffausfuhr hat sich von 123,7 Millionen Mark auf 115,7 Millionen Mark verringert, die Lebensmittelausfuhr von 33,1 Millionen Mark auf 31,7 Millionen Mark. Die Einfuhren sind von 482,2 Millionen Mark im November auf 488,2 Millionen Mark im Dezember gestiegen. Eine Steigerung liegt vor bei den Lebensmittelimporten und zwar von 140,5 Millionen Mark auf 158,1 Millionen Mark. Der Rohstoffimport ging von 248,3 Millionen Mark auf 240,7 Millionen Mark zurück. Der Fertigwarenimport verringerte sich von 88,8 Millionen Mark im November auf 86,4 Millionen Mark im Dezember.

SPD. Mitten in Kölns neuer City, an einem der belebtesten Boulevards, wurde kürzlich ein grosses siebenstöckiges Gebäude errichtet. Ganz aus Stahl, Beton und Glas hergestellt, erhebt es sich in wuchtigen Linien aus der Häusermasse. Weithin sind die von der Sachlichkeitsfassade herabstrahlenden Buchstaben "UFA-Palast" lesbar. Sie deuten auf ein hochmodernes Tonfilmtheater hin, das im Untergeschoss des Bürogebäudes liegt.

Eigentümerin des Stahlpalastes ist eine Dampfziegelei. Diese trat seinerzeit mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München zwecks Finanzierung des Bauwerkes in Verhandlung. Man einigte sich dahin, dass für Pfandbriefe in Höhe von 1,4 Millionen Mark diese Bank die Finanzierung übernehmen sollte. Bei der Ausgabe der Pfandbriefe setzte man einen Kurs von 96% an. Durch die allgemeine Zinssenkung und andere Umstände kam aber nur ein Kurs von 75% zustande, sodass die Dampfziegelei die veranschlagte Summe nicht erhielt. Ungefähr 300 000 Mark betrug der Verlust, sodass die den Bau herstellende Firma K. Schultheiss A.G. diesen Teil der Baukosten nicht erhielt. Sie machte Bankerott.

In der Gläubigerversammlung ergab sich, dass der Bau mit 1,1 Millionen Mark veranschlagt war. Gekostet hat er aber mit Nebenkosten insgesamt 1 927 000 Mark! Davon entfallen auf das relativ kleine Grundstück nicht weniger als 710 000 Mark. Das Bauwerk selbst kostete 1 217 000 Mark. Als Zahlung angewiesen wurden 814 000 Mark. Da aber davon 332 000 Mark in Wechselform gezahlt wurden, ergibt sich als wirklich gezahlte Summe nur 482 000 Mark. Mehr als die Hälfte, nämlich 735 000 Mark sind als Fehlbetrag vorhanden. Davon haben die vielen kleinen Handwerkermeister und Selbständigen, wie Heizungsmonteuere, Elektromonteuere, Installateure, Schreiner, Maler, Anstreicher, Glaser noch insgesamt 536 000 Mark zu bekommen! Inzwischen wurde das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet, durch welches bis 1. April die vielen Gläubiger abgefunden werden sollen.

Der Werdegang und der Zusammenbruch dieses Stahlhausbaues beweist wiederum sehr deutlich die Verantwortungslosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer. Ohne im Besitze aller Baugelder zu sein, errichtete man planlos mit Bankkrediten ein gewaltiges Gebäude. Für den Wohnungsbau war in den letzten Jahren

nie Kredit zu haben. Die Milderung der gewaltigen Wohnungsnot überliess man getreulich den gemeinnützigen Baugesellschaften und der "marxistisch-freigewerkschaftlich-sozialdemokratischen Zwangswirtschaft".

Es war vielleicht gut, dass das misslungene Experiment mit dem Ufa-Palast gemacht wurde. Treffend wird hiermit der Nazischwindel widerlegt, dass die Marxisten am Elend des Kleinbürgertums schuld wären. Schuldig sind einzig und allein die Besitzer des Finanz- und Industriekapitals, die heimlichen Geldgeber der Nazis. Wiederum sind so durch kapitalistische Wirtschaftsfehler Dutzende solider Existenzen um ihre langerkämpfte mittelständlerische Position gebracht worden.

Ueber diesen Stahlhauskandal schweigt die ganze sozialreaktionäre Presse. Was wäre aber geschehen, wenn beim Bau eines Gewerkschaftshauses oder einer Ortskrankenkasse eine derartige Pleite gekommen wäre? Ohne Zweifel hätte man dann wieder monatelang einen guten Hetzstoff gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften gehabt. So zeigt sich auch hier wiederum die gewaltige Verlogenheit, Demagogie und Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer mitsamt ihrer nationalsozialistischen Hilfstruppen.

Schmitzian-Köln.

Weizen fest.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Januar)

SPD. Die feste Veranlagung des Weizenmarktes hielt auch am Dienstag an. Das Angebot blieb ausserordentlich knapp. Dabei bestand weiter gute Nachfrage durch die hiesigen Mühlen, während der Bedarf der westdeutschen Mühlen wieder etwas knapper geworden ist. Trotzdem konnte sich der Preis für prompten Weizen um etwa 2 Mark befestigen. Roggen blieb ruhiger. Das Angebot war hier gleichfalls knapp, jedoch blieben für prompte Ware die Preise nur behauptet. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigte sich eine ähnliche Bewegung. Weizen stieg um etwa $1\frac{1}{2}$ Mark, während Roggen unverändert bewertet wurde. Am Mehlmarkt zeigten sich keinerlei Veränderungen. Der Bedarf blieb klein, die Forderungen bewegten sich auf Vortagshöhe. Für Hafer war die Stimmung freundlicher. Das Angebot blieb knapp. Für Braugerste zeigte sich keinerlei Interesse. Die Brauereien halten wieder sehr zurück, seitdem ihre Hoffnungen auf eine Herabsetzung der Biersteuer geschwunden sind. In Industrie- und Futtergerste konnten bei gleichbleibenden Preisen einige Umsätze erzielt werden.

	<u>18. Jan.</u>	<u>19. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	226 - 228	227 - 229
Roggen	197 - 199	197 - 199
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	155 - 160	155 - 160
Hafer	135 - 143	136 - 144
Weizenmehl	27,50 - 31,25	27,50 - 31,25
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,00 - 29,25
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per März 243-243 $\frac{3}{4}$ (Vortag 242 $\frac{1}{4}$) per Mai 250 $\frac{1}{2}$ (249), Roggen per März 210 (210), per Mai 214 (214). Hafer 157 (157 $\frac{1}{2}$) Geld (156), per Mai - (164).

Preussischer Landtag

267. Sitzung.

SPD. Berlin, den 1. 11. 1929.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen.

Bei Eröffnung der Sitzung gedenkt Präsident Wittmack des Unglücks auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuthen. Er teilt mit, dass er namens des Landtages der Bergwerksgesellschaft, der Belegschaft und den Angehörigen der Opfer das Beileid ausgesprochen habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Abg. Kickhöffel (Dnatl) in einer längeren Erklärung gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der unberechtigte Vorwürfe gegen eine von ihm, Kickhöffel, geleitete, dem Reichsernährungsministerium unterstehende Bienenzuchtstelle enthalte.

Das Haus erledigt dann zahlreiche Ausschussanträge. Dabei werden Anträge des Beamten-Ausschusses angenommen, die die stärkere Heranziehung von Versorgungsanwärtern auch als Maschinenschreiber und Stenotypisten im Kanzleidienst sowie die Vermehrung der Stellen für Strafanstalts-Hauptwachtmeister verlangen.

Abg. Riedel (Staatsp.) beantragt, die Anträge seiner Fraktion und der Kommunisten über Revision der Fürstenabfindung von der Tagesordnung abzusetzen, da diese Angelegenheit zur Zeit einem Reichstagsausschuss vorliege und auch der Rechtsausschuss des Landtages dazu noch einmal Stellung nehmen wolle. - Der Antrag wird abgelehnt.

Nach kurzer Aussprache beschliesst das Haus, entsprechend der Empfehlung des Hauptausschusses, die Geschäftsberichte der Preussischen Elektrizitäts-A.G., der Duisburg-Ruhrorter Hafen-A.G. und der Hamburgisch-Preussischen Heffengemeinschaft G.m.b.H. für 1930 durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Angenommen wird ein auf einen deutschnationalen Antrag zurückgehender Vorschlag des Hauptausschusses, wonach bei Durchführung der Ermächtigung der Notverordnung vom 6. Oktober, eine zweckmässigere Gestaltung der kommunalen Kreditinstitute zu schaffen, neben dem Landtag auch die Provinzial-Ausschüsse und sonstigen zuständigen Vertretungskörperschaften gehört werden sollen. Dann folgt die Beratung des Ausschussvorschlages über staatsparteiliche und kommunistische Urträge auf Revision bzw. Einstellung der Zahlungen an vormals regierende Familien.

Abg. Stolt (Komm) setzt sich in längeren Ausführungen für den Antrag seiner Fraktion ein, Abfindungen an ehemalige Fürstenhäuser nicht mehr zu zahlen und die so frei werdenden Summen zur Unterstützung notleidender Volksschichten zu verwenden.

Entsprechend dem Ausschussbeschluss werden die staatsparteilichen und kommunistischen Urträge abgelehnt. Annahme findet der Antrag des Hauptausschusses, wonach das Staatsministerium ersucht wird, nochmals in ernstliche Erwägungen darüber einzutreten, ob die finanziellen Gründe für den Beschluss des Staatsministeriums auf Schliessung der Berliner Chirurgischen Universitätsklinik in der Ziegelstrasse so zwingender Natur sind, dass die Schliessung unvermeidlich erscheint, andernfalls soll der Beschluss der Regierung rückgängig gemacht werden.

Ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses fordert das Staatsministerium auf, auf die Reichsregierung einzuwirken, von der Ermächtigung, Schutzmassnahmen für die bäuerliche Veredlungswirtschaft zu ergreifen, beschleunigt Gebrauch zu machen.

Abg. v. Plehwe (Dnat) bezeichnet den Antrag als völlig wirkungslos. Unter Hinweis auf die durch das Absinken ausländischer Währungen stärker gewordene

Gefahr der Ueberflutung der deutschen Grenzen mit ausländischen Erzeugnissen fordert der Redner Annahme des deutschnationalen Antrages, der auf eine völlige Einfuhrsperre für landwirtschaftliche Veredlungserzeugnisse und Futtermittel abzielt.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

erklärt, dass er sich beim Reichsernährungsministerium bereits fortgesetzt für die Veredlungswirtschaft eingesetzt habe. Mit dem Rückgang der englischen Währung hätten die nordischen Länder, aber auch Holland, besonders stark versucht, mit Hilfe des Valutadumpings den deutschen Markt zu erobern. Hier liege eine wesentliche Ursache für die schlechte Preisbildung der deutschen landwirtschaftlichen Veredlungserzeugnisse. Er als preussischer Landwirtschaftsminister habe seine Forderungen bei den zuständigen Reichsstellen angemeldet; mehr zu tun liege nicht in seiner Zuständigkeit. Er könne sich aber denken, dass die Reichsregierung nicht imstande sei, so gegen die starke Einfuhr vorzugehen, wie es ihr vielleicht erwünscht wäre. Denn es unterliege keinem Zweifel, dass unsere Ausfuhr nach Holland, Finnland und Dänemark grösser sei, als die Einfuhr aus diesen Ländern. Daher könnten keine Massnahmen ergriffen werden, die diese Ausfuhr, auf die wir angewiesen seien, beeinträchtigen.

Abg. Korff (Komm) spricht von einer Bemäntelung faschistischer Zollmethoden, die durch den Antrag zur bäuerlichen Veredelungswirtschaft bezweckt sei. Unter diesem Deckmantel verfolge man das Ziel, der Grosslandwirtschaft eine Monopolstellung zu verschaffen. Im übrigen würde die Durchführung der Forderungen eine weitere Verteuerung der Lebensmittel zur Folge haben.

Abg. Schmelzer (Ztr) stimmt dem Ausschussantrag zu und spricht dem kommunistischen Redner das Recht ab, über deutsche Bauernnot sich zu äussern angesichts der Hungerwirtschaft, die in Russland herrsche.

Abg. Eversen (Dvp) hält dem Reichsminister Schiele vor, dass er nicht rechtzeitig gegen das Absacken der Agrarpreise eingeschritten sei. Seine Freunde seien immer für Schutz der Veredelungswirtschaft gewesen, noch ehe Landbund und christliche Bauernvereine ausreichend hierfür eintraten.

Abg. Biester (Dt.Hann.) schildert die Not der westlichen Landwirtschaft.

Abg. Werdes (Landvolk) tritt für starke Förderung der Veredelungswirtschaft ein und für Zusammenarbeit von Gross- und Kleinbauern.

Das Haus nimmt den Ausschussantrag an in der vom Abg. v. Plehwe (Dnat) vorgesehenen abgeänderten Form.

Weiter angenommene Anträge des Landwirtschafts-Ausschusses verlangen Einwirkung auf die Reichsregierung im Sinne einer Herabsetzung der Futtermittelzölle und Schutzmassnahmen für das deutsche Holz.

Annahme findet gleichfalls ein kommunistischer Antrag auf Errichtung eines Uferschutzes in Labagen am Kurischen Haff, während der Landvolk-Antrag, das Sicherungsverfahren der Osthilfe auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen, abgelehnt wird. Dagegen wird ein deutschvolksparteilicher Antrag gegen zu starken Abbau von landwirtschaftlichen Instituten angenommen. Abgelehnt wird der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht um ein Jahr und der der Volksrecht-Partei auf gesetzliche Verpflichtung zur Aufwertung alter Sparguthaben hinzuwirken.

Um 18½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Beratung der Polizeiverordnungen über das Verbot nächtlicher Geländeübungen, des Verkaufs von Hieb- und Stosswaffen und über den äusseren Schutz der Sonn- und Feiertage.